



Vereinbarung zum Abschluss einer Zählgemeinschaft für die IX. Wahlperiode der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf

Vereinbarung zum Abschluss einer Zählgemeinschaft für die IX. Wahlperiode der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn- Hellersdorf

Zwischen den Parteien und Fraktionen von

SPD Marzahn-Hellersdorf

vertreten durch Iris Spranger und Günther Krug

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf

vertreten durch Kristian Ronneburg und Bjoern Tielebein und Sarah Fingarow

Bündnis 90/Die Grünen Marzahn-Hellersdorf

vertreten durch Julia Scharf und Pascal Grothe und Anne Thiel-Klein und Nickel von Neumann

FDP Marzahn-Hellersdorf

vertreten durch Roman-Francesco Rogat und Anja Molnar

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz Marzahn-Hellersdorf

vertreten durch Inka Seidel-Grothe und Cornelia Schulz

Präambel

Wir treten für eine offene Gesellschaft ein und stehen für eine transparente Politik, die nah am Menschen agiert und das Wohl des einzelnen und der gesamten Gesellschaft im Blick hat. Dazu fordern wir eine Umgebung, die allen Menschen Schutz bietet, in der wir uns frei und zu Hause fühlen können – völlig unabhängig vom Alter, dem Geschlecht, der Religion, der Herkunft, der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität.

Von der Kita- über Bildungs- und nachbarschaftliche Kiez- und Freizeitangebote, der Verkehrsinfrastruktur bis hin zu Arbeitsplätzen im Bezirk wollen wir vielfältige Angebote entwickeln und vorhalten. Unser Bündnis stellt sich den Herausforderungen der sozialen Situation vieler Menschen in unserem Bezirk. Wir wollen dazu beitragen, Kinder- und Altersarmut wirksam zu bekämpfen und bessere Hilfen für Bürger:innen in sozialen Krisensituationen schaffen. Wir unterstützen Projekte, Initiativen und Organisationen, die Menschen in Not helfen. Wir fördern Projekte und Maßnahmen, die eine stärkere Bindung der Marzahn-Hellersdorfer:innen an unseren Bezirk schaffen. Wir wollen, dass Marzahn-Hellersdorf ein Bezirk mit Perspektive und positiver Ausstrahlung ist und auch so wahrgenommen wird.

Die Klimakrise stellt für die Stabilität der Ökosysteme unseres Planeten eine existenzielle Bedrohung dar. Nachhaltige Maßnahmen zum Erhalt des Stadtgrüns und für mehr Klimaschutz stehen auch in Marzahn-Hellersdorf ganz oben auf unserer Agenda. Insbesondere die Mobilitätswende ist eine zentrale Aufgabe für Klimaschutz und

Teilhabe. Wir werden den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und von Geh- und Radwegen weiter fortsetzen.

Wir treten für ein solidarisches, freiheitliches Zusammenleben, eine aktive Willkommenskultur und gegen rassistische, queerfeindliche und antisemitische Erscheinungen und jegliche Gewalt in unserem Bezirk ein. Mit großer Sorge nehmen wir den gewaltbereiten Rassismus und die in den letzten Jahren entstandenen rechtsextremen Strukturen wahr.

Die digitale Transformation ist eine der großen Aufgaben unserer Zeit. Wir sehen die Digitalisierung als Chance und als Werkzeug um gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt für den einzelnen Menschen in allen Lebensbereichen dienlich und individuell erfahrbar zu machen. Die Bezirksverwaltung muss als moderne Verwaltung für Bürger:innen sowie für Unternehmen weiterentwickelt werden. Hierzu werden alle Innovationsmöglichkeiten ausgeschöpft.

§ 1 Konstituierung der BVV und Wahl des Bezirksamtes

Zur Wahl des Vorstandes der BVV einigen sich die Parteien und Fraktionen der Zählgemeinschaft gemeinsam darauf, dass ein von ihr benanntes Mitglied der Fraktion der LINKEN zum/r Vorsteher:in gewählt wird. Darüber hinaus einigen sich die Parteien und Fraktionen der Zählgemeinschaft gemeinsam darauf, dass ein von ihr benanntes Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum/r stellvertretenden Vorsteher:in gewählt wird. Für die weiteren Fraktionen werden bis zu fünf Beisitzer:innen benannt. Das Vorschlagsrecht gilt für die gesamte Wahlperiode, insbesondere auch für die Fälle, in denen die Gewählten Ihr Amt nicht fortsetzen können. Für den Fall einer Nichtwahl (max. drei Durchgänge) einer/s Kandidierenden kommen die Mitglieder der Zählgemeinschaft überein, den betreffenden Wahlvorgang zu verschieben und innerhalb von drei Tagen zusammen zu kommen, um über das weitere Vorgehen zu beraten.

Die beteiligten Parteien und Fraktionen bilden eine Zählgemeinschaft für die Wahl von Gordon Lemm für die SPD zum Bezirksbürgermeister von Marzahn-Hellersdorf. Die Wahl soll in der ersten Sitzung der BVV am 4. November 2021 nach der Konstituierung des Berliner Abgeordnetenhauses erfolgen.

Darüber hinaus einigen sich die Parteien und Fraktionen der Zählgemeinschaft gemeinsam darauf, Juliane Witt als Vertreterin der LINKEN sowie Nicole Bienge für die SPD ins Bezirksamt zu wählen. Für den Fall einer Nichtwahl (max. drei Durchgänge) einer/s Kandidierenden kommen die Mitglieder der Zählgemeinschaft überein, den betreffenden Wahlvorgang zu verschieben und innerhalb von drei Tagen zusammen zu kommen, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Das Vorschlagsrecht der jeweiligen Parteien gilt für die gesamte Wahlperiode, insbesondere auch für die Fälle, in denen die Gewählten Ihr Amt nicht fortsetzen können.

Die Parteien und Fraktionen der Zählgemeinschaft kommen darüber überein, dass die Wahl der Vorschläge von CDU und AfD nicht Gegenstand dieser Vereinbarung ist und jede Fraktion eigenverantwortlich abstimmt.

Bei der Verteilung der Geschäftsbereiche des Bezirksamtes vereinbaren die bezirksamtstragenden Partner:innen, dass DIE LINKE den Geschäftsbereich Stadtentwicklung verbunden mit dem Bereich Straßen- und Grünflächenamt verantwortet. Die SPD verantwortet die Bereiche Jugend/Familie, Gesundheit sowie das Amt für Bürgerdienste. Die weiteren Bereiche sind im Benehmen der Mitglieder des Bezirksamtes zu verteilen. Darüber hinaus wird vereinbart, dass die inhaltliche Betreuung und Zusammenarbeit der Beauftragten mit den Fachstadträt:innen innerhalb des Bezirksamtes zeitnah festgelegt wird.

§ 2 Zusammenarbeit in der BVV

Die beteiligten Parteien und Fraktionen vereinbaren die Verabschiedung einer überarbeiteten Geschäftsordnung durch die Fraktionen. Die Änderungen sind den weiteren Fraktionen zeitnah zur Kenntnis zu geben. Über etwaige Änderungswünsche der anderen Fraktionen soll vor Beschlussfassung zwischen den hier beteiligten Fraktionen beraten werden, wobei Änderungen nicht gegen den expliziten Wunsch einer der hier vertretenen Fraktionen zugestimmt werden soll.

Die beteiligten Parteien vereinbaren die Festlegung der Anzahl der Ausschüsse auf maximal zwölf. Die thematische Zusammensetzung der Ausschüsse soll den Zuschnitten des neu zu bildenden Bezirksamtes angepasst werden.

Bündnis 90/Die Grünen Marzahn-Hellersdorf erhalten fünf Bürgerdeputierte jeweils für die Ausschüsse Hauptausschuss, Stadtentwicklung, Gesundheit, Schule und Klimaschutz, Umwelt, Natur, Tier- und Artenschutz, Verkehr. Sie stellen den Vorsitz für den Ausschuss Schule.

Die Fraktion der FDP erhält einen Bürgerdeputierten für einen noch zu benennen Ausschuss und den Vorsitz für den Ausschuss Wirtschaft.

Die Fraktion der Partei Mensch, Umwelt Tierschutz erhält drei Bürgerdeputierte für noch zu benenne Ausschüsse []

Die SPD tritt sechs, DIE LINKE drei entsprechende Bürgerdeputierte ab.

Bei der Besetzung des Jugendhilfeausschusses verständigen sich die Vertragspartner:innen auf gemeinsam Vorschläge für Bürgerdeputierte.

Die Personalvorschläge für die Besetzungen werden im Einvernehmen zwischen den Parteien abgestimmt und vereinbart.

§ 3 Offenlegung der politischen Biografie

Es wird von allen beteiligten Fraktionen ein Antrag zur Überprüfung der Bezirksverordneten durch den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik auf offizielle/inoffizielle Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit (MfS) oder dem Amt für nationale Sicherheit (AfNS) gestellt.

Entsprechend des Verfahrens der VIII. Wahlperiode wird ein Ehrenrat gebildet, der über die Ergebnisse der Überprüfung berät und der BVV Bericht erstattet. Über die Ergebnisse der Überprüfung der Bezirksamtsmitglieder wird in der BVV öffentlich berichtet.

§ 4 Grundsätze der Zusammenarbeit

Die Partnerinnen verpflichten sich, diese Vereinbarung im Rahmen ihres Handels in der Bezirksverordnetenversammlung und darüber hinaus umzusetzen.

Die Parteien und Fraktionen vereinbaren halbjährliche Treffen, um über die Umsetzung der vorgenannten Themen zu beraten und sich auszutauschen. Verantwortlich für die Einladung und Organisation für das erste Treffen ist die SPD, anschließend DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Tierschutzpartei.

Die Mitglieder des Bezirksamtes der SPD und LINKEN sichern den nicht im Bezirksamt vertretenen Fraktionen einen wöchentlich engen und kollegialen Informationsfluss über Themen und Schwerpunkte der Beratungen des Bezirksamtes zu und stehen für Nachfragen oder Konsultationen zur Verfügung.

Kontroverse Debatten zu Inhalten und Themen, die in dieser Vereinbarung nicht genannt sind, bedeuten nicht die Aufkündigung einer fairen Zusammenarbeit in den hier genannten Bereichen.

Keiner der Vertragspartnerinnen trifft Vereinbarungen mit anderen Parteien, die dieser Zälgemeinschaftsvereinbarung widersprechen.

Diese Vereinbarung wird auf der Homepage der jeweiligen beteiligten Parteien beziehungsweise der Fraktionen veröffentlicht.